

Impulsstatement

**Gesine Schwan**

**Soziale Verantwortung – Leitprinzip moderner  
Gesellschaften?**

**– 10 Thesen**

**im Rahmen der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung**

**Verfassungsauftrag Sozialstaat –  
Herausforderungen für Parteien, Unternehmen  
und Gewerkschaften**

**in Berlin am 22. Oktober 2008**

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort*

1. Der Titel dieses Teils unserer Tagung – „Soziale Verantwortung – Leitprinzip moderner Gesellschaften?“, der sicherlich schon vor geraumer Zeit festgelegt wurde, scheint mir sehr glücklich gewählt. Die Details über das Handeln der Banken, die im Zuge der Finanzkrise mehr und mehr ans Licht kommen, haben gezeigt: Gemeinwohlverantwortung ist keine Kategorie, die dem Markt eingeschrieben ist. Mehr noch: soziale Verantwortung ist ein Begriff, der in den letzten Jahren viel zu wenig beachtet und befolgt worden ist – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik. Es ist gut, dass sich dies jetzt ändert. Dabei möchte ich vorschlagen, dass die soziale Verantwortung in eine politische münden muss, um unter gegenwärtigen Bedingungen zum Ziel zu kommen.
2. Wir müssen uns öffentlich neu über den Sozialstaat verständigen. Nicht über das „Ob“, sondern über das „Wie“. Es geht um die Frage, wie wir angesichts der Ökonomisierung von Gesellschaft und Politik vor dem Hintergrund der ökonomischen Globalisierung soziale Verantwortung wieder praktizieren und durchsetzen können. Die Thematisierung der ethischen Grundlagen wirtschaftlichen und politischen Handelns wird nach der gerade erlebten Krise zwar besser gehört. Ja, sie ist augenblicklich geradezu „in“. Aber sie ist nur ein erster Schritt.
3. Die gegenwärtige Krise zeigt: Der Staat und unser Grundgesetz mit seinem Sozialstaatspostulat sind immer noch die wichtigsten Garanten von Gemeinwohlorientierung. Der Markt allein sorgt eben nicht fürs Gemeinwohl. In der Krise liegt deshalb insofern eine Chance, als sie eine durchschlagende Erfahrung für die Verständigung auf gemeinsames Handeln bietet. Vor allem zwei Dinge müssen wir diskutieren: die Architektur der zukünftigen internationalen Finanzordnung und die Verantwortung, die die Politik, aber auch Unternehmen des Privatsektors und Gewerkschaften sowie die weitere organisierte Zivilgesellschaft, künftig bei der Regelsetzung und der Gestaltung des Marktes im Dienste von Gerechtigkeit übernehmen müssen.

4. Die größte Herausforderung dabei: Wir dürfen diese Verantwortung nicht mehr national denken. Hans-Jochen Vogel hat in seinem Vortrag eindringlich darauf hingewiesen, dass oberhalb der Ebene des Nationalstaats eine zunehmend mächtige supranationale Instanz entsteht, die Europäische Union. Gleichzeitig entzieht die Globalisierung dem traditionellen Nationalstaat und damit auch der nationalstaatlich verfassten sozialen Sicherung den Boden. Das muss nicht unbedingt schlecht sein, es stellt uns nur vor enorme Herausforderungen. Ulrich Beck schrieb vor zwei Wochen in der „Zeit“: „Das Leistungsprinzip legitimiert nationale Ungleichheit, das Nationalstaatsprinzip legitimiert globale Ungleichheit. Nationale Grenzen trennen scharf zwischen politisch relevanter und politisch nicht relevanter Ungleichheit. Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften werden in der Wahrnehmung extrem vergrößert; gleichzeitig werden Ungleichheiten zwischen nationalen Gesellschaften ausgeblendet. Die Legitimation globaler Ungleichheiten beruht also auf institutionalisiertem Wegsehen. Der nationale Blick befreit vom Blick auf das Elend der Welt.“ Dass wir nun gezwungen werden, diese Brille abzustreifen, kann ich nur begrüßen. Unsere große Gegenwartsfrage aber lautet, welche Institutionen wir an die Stelle des Nationalstaats setzen, um sozialen Ausgleich auch international zu ermöglichen. In der Wissenschaft wird seit Jahren um ein auch empirisch anwendbares Konzept von „good global governance“ gerungen. Die deutschen Gewerkschaften debattieren derweil intensiv, wie sie mit Europa umgehen sollen. In der erweiterten EU 25 und nach den Urteilen des EuGH zu Laval, Viking und auch zu Volkswagen scheint meinem Eindruck nach die Europaskepsis in den Gewerkschaften zu wachsen. In anderen Ländern sieht man, soweit ich dies beurteilen kann, bereits einen Strategiewechsel einzelner Gewerkschaften: weg vom Versuch, den jeweiligen nationalen Sozialstaat zum Vorbild des Europäischen Sozialmodells zu machen, hin zu einer Strategie der Abschottung, die innerhalb der Landesgrenzen bewahren will, was dort in langen Jahren aufgebaut wurde.

5. Ob eine solche Strategie unter den gegenwärtigen Bedingungen eines neuen Globalisierungsschubs erfolgreich sein kann und ob wir ihn wollen sollen, bezweifle ich allerdings. Wenn einzelne Länder oder Gewerkschaftsbewegungen aus Europa ausscheren, sinken die Chancen der Europäischen Union dramatisch. Wollen wir das – auch im eigenen langfristigen und wohlverstandenen Interesse? Mit allen Konsequenzen eines Rückfalls in Nationalismen? Mit einer weltweit verflochtenen Wirtschaft?
6. Politisch muss es, so meine ich, statt dessen darum gehen, den deutschen Sozialstaat einschließlich seiner Mitbestimmungsregelungen zu verteidigen und europäisch weiterzuentwickeln, auch um die Demokratie zu stärken. Das verlangt mühsame Gespräche auf europäischer Ebene, weil wir in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Traditionen haben. Gerade die Gewerkschaften können ein Lied davon singen. Aber wir haben ja durchaus bereits erste Erfolge, trotz der sperrigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Und die Finanzkrise hat die Gefahr, unverantwortlichen Wirtschaftens und mangelnder sozialer Regelungen des Marktes allen europäischen Ländern drastisch vor Augen geführt.
7. Vermutlich brauchen wir in der Europäischen Union eine Politik der gemeinsamen Maximen und „Korridore“, die es den einzelnen Staaten überlassen, ihre je spezifische Umsetzung der einmal vereinbarten Leitlinien selbst vorzunehmen. Wichtig aber ist, dass der sog. Standortwettbewerb zwischen den europäischen Staaten aufhört, der für die Staaten zu einer z.B. steuerlichen Nivellierung nach unten geführt hat. Auch die seit 2004 neu in die EU gekommenen Länder haben inzwischen gemerkt, dass sie ohne angemessene Steuereinnahmen Mühe haben, soziale Stabilität zu sichern. Dabei ginge es auch um rechtliche Regelungen, die den absoluten Vorrang des Wettbewerbs vor dem sozialen Ausgleich einschränken.

8. Im Übrigen können wir selbst auf der europäischen Ebene nicht Halt machen. Denn unternehmerische Entscheidungen können inzwischen alle Grenzen unterlaufen. Damit Gewinne nicht ohne jede Rücksicht auf die politischen und sozialen Folgen möglich bleiben, damit deren Kosten nicht einfach auf die immer schlechter ausgestattete Politik abgeschoben werden können, müssen die Unternehmen z. B. durch Governance-Strukturen dazu angehalten werden, die Mindeststandards der ILO (International Labor Organisation) zu akzeptieren. Man könnte dies langfristig zur Bedingung des Beitritts zur Welthandelsorganisation machen. Man könnte mit mutigen NGO's in noch nicht demokratischen Ländern zusammenarbeiten, die sich gegen einen Raubtierkapitalismus in ihren Ländern, gegen die Zerstörung der Umwelt und jeglicher sozialer Sicherungsnetze wehren. Man könnte innerhalb der Unternehmen auf einen Beitritt zu Kofi Annans „Global Compact“ dringen und ein Zurückbleiben hinter den versprochenen Standards öffentlich ächten – wozu möglicherweise NGO's mehr Freiheit haben als Gewerkschaften.
9. Das alles ist mühsam, verlangt viele freiwillige Aushandlungen und viel Härte, das Ausgehandelte dann auch durchzusetzen. Dazu ist die Öffentlichkeit die wichtigste Arena, weil Unternehmen in der auch für sie bestehenden Unübersichtlichkeit und Unsicherheit genau auf ihr Reputations- und Vertrauenskapital achten müssen.
10. Im Übrigen haben Gewerkschaften zumindest in Deutschland immer auf friedlichen Wandel und Verständigungsfähigkeit gesetzt. Sie sind innerhalb unseres Staates damit durchaus weit gekommen. Mit dieser ermutigenden Erfahrung sollten wir auch in die internationale Arena gehen. Das Ziel sind bessere Verhaltensweisen und bessere Strukturen zugleich. Eines ohne das andere genügt nicht.